



Piratenpartei Deutschland
Landesverband Nordrhein Westfalen
Postfach 103041
44030 Dortmund
Presse Essen:
Frank Höschen
0177 / 6168649

Per E-Mail

frankhoeschen@googlemail.com
Ansprechpartner:
Kai Hemsteeg
0176 / 61006614
kai.hemsteeg@googlemail.com

Pressemitteilung 018/13

Essen, den 08. November 2013

Piratenpartei Essen fordert eine Compliance-Abteilung im Konzern Stadt

Die Piratenpartei Essen begrüßt die Einrichtung eines Unterausschusses, um die Korruptionsvorwürfe um die Entsorgungsbestriebe Essen aufzuhellen und fordert eine Professionalisierung der Korruptionsprävention und -verfolgung im Konzern Stadt.

„Es ist den Gebühren- und Abgabenzahlern in Essen nicht vermittelbar, dass die Stadt mit ihren Töchtern hier offensichtlich nicht über einheitliche Strukturen verfügt. Bei gesamt etwa 16.000 Mitarbeitern sollte die Einrichtung einer Compliance Abteilung und die Einführung eines Compliancebeauftragten so selbstverständlich sein, wie bei anderen Unternehmen dieser Größenordnung.“, sieht der Piratensprecher Kai Hemsteeg erheblichen Verbesserungsbedarf bei der Korruptionsbekämpfung in der Stadtverwaltung.

Eine telefonische Anfrage der Piratenpartei im Rechtsamt der Stadtverwaltung hat ergeben, dass zur Korruptionsbekämpfung für die Verwaltung eine Dienstanweisung und in den Gesellschaften ein governance codex besteht.

Die Erstellung eines Fragebogens an die Stadttöchter durch den OB und die Beauftragung der Rechtsanwalts-Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer entbehren der notwendigen Nachhaltigkeit.
Die Piraten streben daher eine Vereinheitlichung der jeweiligen Regelwerke und permanente Installation eines chief compliance officers (CCO) an.

Weiterhin sprechen sich die Piraten gegen eine Beschäftigung von in Essen aktiven Lokalpolitikern bei den Gesellschaften der Stadt Essen aus.

„Für Ratsmitglieder und Beschäftigte der im Rat vertretenen Parteien sollte eine gleichzeitige Beschäftigung bei Stadttöchtern ausgeschlossen und eine angemessene Karenzzeit festgelegt werden. Selbiges gilt selbstverständlich für Beratungsmandate. Hier sehen wir auch außerhalb der EBE den dringenden Handlungsbedarf. Die Unvereinbarkeit von Beschäftigung und Mandat nach §13KWahlG sollte auch bei aus der Verwaltung ausgegliederten Stadttöchtern eine entsprechende Regelung finden.“ entgegnet Hemsteeg der gängigen Personalauswahlpraxis und fordert damit mehr Trennschärfe zwischen Mandat und beruflicher Tätigkeit.

Die Piraten Essen haben bereits mehrfach Personalbesetzungen der Stadt Essen kritisiert, bei denen ganz offensichtlich nach Parteibuch entschieden wurde. Die Besetzung der Geschäftsführung der GSE durch den ehemaligen Geschäftsführer der CDU-Fraktion Heribert Piel empfinden die Piraten als unverschämte Demonstration der Bevorzugung eines Parteimitglieds gegenüber geeigneteren Bewerberinnen und Bewerbern.